

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 8: Soziologische Probleme

Artikel: Soziologische Aspekte der Aussenpolitik materiell unterentwickelter Länder
Autor: Behrendt, Richard F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kanischen Zeitungen ist es heute durchaus üblich, Kolumnisten der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Anschauungen nebeneinander zu Wort kommen zu lassen. Im Radio wird überall in der freien Welt darauf gesehen, daß die Vertreter der sich bekämpfenden Gruppen gleiche Chancen haben. Dies und vieles andere bedeutet Gewinn, nicht Verlust an Eigenständigkeit und Selbständigkeit. In der Propaganda entfaltet sich die Dialektik von Demokratie und Freiheit. Der Pluralismus der in ihr zu Worte kommenden Stimmen verdient Pflege und unter Umständen Förderung, nicht aber die absprechende Verurteilung, wie sie bei kulturpessimistischen Intellektuellen heute vielfach Mode ist. Denn eine solche Einstellung führt nicht zur propagandafreien Gesellschaft, die reine Utopie ist, sondern zum Monopol der Propaganda in der Hand totalitärer Parteistellen.

Auch im Bereich der Propaganda gelten die beiden alten Wahrheiten und Warnungen: Unbeschränkte Macht korrumpiert und ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit. Die Beschränkung und die Wachsamkeit aber werden am ehesten durch die Bereitschaft und Möglichkeit zu jeglicher Propaganda selbst gesichert.

SOZIOLOGISCHE ASPEKTE DER AUSSENPOLITIK MATERIELL UNTERENTWICKELTER LÄNDER

VON RICHARD F. BEHRENDT

Es ist kaum nötig, auf die starke, ja brennende Aktualität unseres Themas hinzuweisen. Die Ereignisse der letzten Jahre in Nordafrika und dem Mittleren Osten, in Indochina und Indonesien, in China und Ghana, in Argentinien und Guatemala, sprechen eine zu deutliche Sprache. Als das wichtigste Merkmal unserer Epoche — neben dem Vorstoß des Menschen in das Weltall — werden künftige Generationen vermutlich die internationale Demokratisierung der Menschheit durch die Emanzipation der kolonialen und halbkolonialen Völker sehen. Etwa 650 Millionen Asiaten und Afrikaner haben seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ihre nationale Unabhängigkeit erlangt. Die Zahl der materiell

wenig entwickelten Mitgliedstaaten der Vereinigten Nationen wächst ständig. Sie bilden heute schon die große Mehrheit.

Wir westliche Menschen, Erben einer Kultur, deren Vertreter mehrere Jahrhunderte lang die Vorherrschaft über die übrige Menschheit ausübten, stehen vor der Notwendigkeit, uns in eine neue Rolle einzufügen, welche nur diejenige nicht-privilegierter Mitarbeiter an einer gemeinsamen Aufgabe sein kann¹. Um diese Umstellung bewerkstelligen zu können, müssen wir verstehen, wie dieser Wandel zustande kam und welche hauptsächlich Kräfte in den jetzt um ihre weltpolitische und weltwirtschaftliche Gleichberechtigung und Erstarkung ringenden «neuen» Völkern am Werke sind.

Die Erde zuerst vom westlichen Menschen organisiert

Daß wir heute von Weltpolitik und Weltwirtschaft (bisher natürlich nur im Sinne unserer Erde) sprechen können, ist ein Ergebnis der geistigen, militärischen, staatlichen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Ausdehnung der Völker West- und Mitteleuropas in den letzten fünf Jahrhunderten. Hierdurch ist zum ersten Male die gesamte Erde erforscht, erschlossen und zu einer Schicksals Einheit gemacht worden. Alle vorangegangenen Reiche und Kulturkreise, so eindrucksvoll sie auch gewesen sein mögen, blieben auf verhältnismäßig kleine Ausschnitte der Erde beschränkt — nicht nur in ihrer direkten Wirkung, sondern auch in ihrem Wissen um die übrige Menschheit. Dem abendländischen Menschen blieb es überlassen, seit der Renaissance seinen unbezähmbaren Drang nach Wissen, Macht und Erfolg in der Entdeckung und Unterwerfung fremder Erdteile, in der Ersetzung uralter Lebensgewohnheiten durch rational bestimmte, zweckmäßigere Verfahrensweisen zu verwirklichen. Unter diesen war besonders bedeutsam die Ausdehnung der Arbeitsteilung, die ihrerseits auf der fortschreitenden Mechanisierung der Produktion beruhte. Seit der industriellen Revolution, also seit kaum zwei Jahrhunderten, haben wir den Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapitalen und Ideen über die gesamte Erdoberfläche hinweg möglich gemacht. Und dank der technischen, organisatorischen und militärischen Überlegenheit des Westens bedeutete dies eine einzigartige Ausbreitung der administrativen und wirtschaftlichen Kontrolle westlicher Nationen über alle anderen Völker. Insbesondere das Zeitalter des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus — also ungefähr die letzten hundert oder doch 75 Jahre vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges — brachte eine Integration der großen Mehrheit der Länder, welche an den revolutio-

¹ Ich beziehe den Begriff des «Westens» auf die Gesamtheit der Völker West- und Mitteleuropas, Nordamerikas und Ozeaniens, welche eine aktive Rolle in der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Dynamik der letzten Jahrhunderte gespielt haben.

nären Umwälzungen der europäisch-nordamerikanischen Neuzeit nicht teilgenommen hatten, in ein weltwirtschaftliches System, in dem diese Regionen als Rohstoffquellen, Märkte, Siedlungsgebiete oder Objekte profitabler Kapitalanlagen mit den Zentren des wirtschaftlichen Fortschrittes verbunden waren. Die Wirksamkeit dieser Kontrolle war in den materiell zurückgebliebenen Gebieten, die ihre nominelle staatliche Unabhängigkeit bewahrt hatten, kaum weniger groß als in denjenigen, die zu Kolonien imperialer westlicher Mächte geworden waren.

Dennoch entstand durch dieses weltweite Netz arbeitsteiliger Beziehungen eine *gegenseitige* Abhängigkeit aller Völker von einander, und diese ist um so ausgeprägter, je entwickelter — und das heißt im Grunde: je mehr arbeitsteilig organisiert — eine Volkswirtschaft ist, je vielfältiger die Bedürfnisse und je größer die Kaufkraft ihrer Mitglieder sind.

Nichtsdestoweniger wurde diese Abhängigkeit besonders in den wenig entwickelten Gebieten als ein Problem empfunden, insbesondere in der Form der sogenannten «Monokultur», also der einseitigen Orientierung des fortschrittlichen Sektors ihrer Volkswirtschaft auf den Absatz einiger weniger Rohstoffe oder Lebensmittel auf dem Weltmarkt, wo Nachfrage und Preise häufig starken Schwankungen unterlagen und nicht durch die Exportländer beeinflußt werden konnten. Hierzu kam die Abhängigkeit von den finanziellen, technischen und personellen Kräften ausländischer Interessenten, die jetzt immer stärkeren Einfluß auch auf das öffentliche Leben jener Länder erwarben — sogar solcher Länder, die formell unabhängige Nationen waren.

Die Zersetzung der überlieferten Ordnungen durch die westliche Dynamik

Noch bedeutsamer aber wirkten sich die äußerlich so überlegenen Einflüsse des Westens in dem Umbau der traditionellen gesellschaftlichen Struktur der nichtwestlichen Völker aus. Das Wort «Umbau» trifft insofern nicht ganz zu, als es auf eine geordnete Umgestaltung hindeutet. In Wirklichkeit handelte es sich, und handelt es sich jetzt noch, um eine geradezu anarchische Zersetzung überwiegend statischer Gesellschaften durch das Eindringen westlicher, moderner Methoden der Arbeit, des Transportes, der Kommunikationen, der Bildung, der zwischenmenschlichen Beziehungen in allen Lebensbereichen, und nicht zuletzt im öffentlichen Leben. Das, was in unseren Ländern eine allmähliche, jahrhundertelange Entwicklung vom Werkzeug zur automatischen Maschine, vom Holz oder Feldstein zum Eisenbeton, von der Werkstatt zur Fabrik, vom Ochsespann zum Flugzeug, von der Zunft zur freien Konkurrenz — und von ihr zum Kartell und zum Interventionsstaat — gewesen war, das bricht jetzt abrupt und konzentriert in wenigen Jahrzehnten, ja selbst Jahren über Völker herein, die in ihrer eigenen Vergangenheit zu-

meist keine der geistigen Voraussetzungen gekannt haben, welche in der unseren diese ganze Entwicklung überhaupt erst möglich machten: den Individualismus und Rationalismus der Renaissance und Aufklärung, die kalvinistisch unterbaute Berufsethik, den naturrechtlich inspirierten Liberalismus, den bürgerlichen Lebensstil und das allgemeine Volksbildungswesen.

Infolgedessen erfolgte ein Zusammenbruch der alten Mauern und Deiche, die gleichsam die innere, grundlegende Ordnung und Stabilität jener nichtwestlichen Gesellschaften gewährleistet hatten. Verhaltensweisen, die bisher als Leitbilder gegolten hatten — z. B. ergebene Annahme von Unterdrückung, Armut, Krankheit und frühem Tod, Unterwerfung unter die Autorität der Väter, Gatten, Grundherren, Mandarine und Herrscher als gottgewolltes Schicksal — erscheinen nun, im Lichte der westlichen Dynamik, der westlichen Lehren von der Würde des Individuums und seinem Anspruch auf Freiheit, Gleichheit und Fortschritt, veraltet, verächtlich und reif zum Untergang. Auch hier wiederum: die Revolten, Revolutionen und Umgestaltungen im Geistigen und Politischen, die im westlichen Raum einander seit einem halben Jahrtausend abgelöst haben, brechen jetzt in den nichtwestlichen Völkern konzentriert, komplex und oft sehr widersprüchlich aus.

Die neuen Gesellschaftsschichten

Schon die unmittelbaren Auswirkungen der neuen Wirtschaftsformen sind bedeutsam genug: Die Einführung produktiverer Verfahrensweisen in Landwirtschaft, Bergbau, Verkehrswesen und Industrie erfordert immer mehr gelernte Arbeiter, die nicht mehr Analphabeten sein dürfen, aber auch Vorarbeiter, Werkmeister, Mechaniker, Ingenieure, Architekten, Buchhalter, Statistiker — kurz, Spezialisten auf zahlreichen Gebieten, Menschen, die befähigt sein müssen, selbständig zu denken und Entscheidungen zu treffen. Für ihre Ausbildung benötigt man Schulen und Hochschulen, und für sie wiederum Lehrer. Kapitalanlagen in neuen Unternehmungen und in abgelegenen Gegenden setzen voraus, daß die Arbeitskraft der Belegschaften nicht durch latente Krankheiten und Epidemien untergraben wird. Man braucht also sehr viel mehr Ärzte, Pharmazeuten, Krankenschwestern. So bilden sich neue Schichten einer gehobenen — und nun auch in wachsendem Maße gewerkschaftlich und politisch organisierten — Arbeiterschaft und eines Mittelstandes und schieben sich zwischen die bis vor kurzem allein maßgebenden Schichten der wohlhabenden Machtmonopolisten — zumeist Großgrundbesitzer — an der Spitze und der meist besitzlosen handarbeitenden Masse — überwiegend Kleinbauern und Landarbeiter — an der Basis der gesellschaftlichen Pyramide. Gleichzeitig, und im Zusammenhang hiermit, vollzieht

sich eine Verschiebung des Schwergewichtes vom flachen Land zu den Städten, speziell den Großstädten.

Dies bedeutet wachsende Mobilität, sowohl im vertikalen wie im horizontalen Sinne: die Ersetzung der bisherigen starren, ständischen oder gar kastenmäßigen Schichtungsordnung durch die Herausbildung von Klassen, also einer viel elastischeren Schichtungsordnung. Mit anderen Worten: die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft wird jetzt nicht mehr unbedingt durch den Zufall der Geburt bestimmt; Begabung, Fleiß und Anpassungsfähigkeit gewinnen an Bedeutung.

Hand in Hand mit der nationalen Unabhängigkeit und mit der allgemeinen Unsicherheit der internationalen Verhältnisse geht das Wachstum der Streitkräfte unter der Führung zumeist junger, technisch interessierter und zuweilen im Ausland ausgebildeter Berufsoffiziere. Viele von ihnen kommen aus bescheidenen Verhältnissen, identifizieren sich gefühlsmäßig mit den «unteren Schichten» und werden zu wichtigen Trägern des «Modernismus».

Wir finden also eine mehr oder wenige rasche Umwälzung, eine Dynamisierung der überlieferten Sozialstruktur, und zwar als Folgeerscheinung von drei hauptsächlichen Faktoren: 1. den äußeren Einwirkungen, repräsentiert durch die Dynamik des Westens, aber auch durch seinen Nationalismus und Imperialismus, durch die Auflösung des vom Westen kontrollierten weltweiten Herrschafts- und Wirtschaftssystems und durch die wachsenden Einflüsse vom kommunistischen Block her; 2. der Unzulänglichkeit des traditionellen statischen Wirtschaftssystems, mit seiner höchst einseitigen Verteilung der Verfügungsgewalt über Produktionsfaktoren und Bildungsmöglichkeiten, gegenüber den Erfordernissen einer beschleunigten materiellen Entwicklung; und 3. den wachsenden Ansprüchen der neuen Gesellschaftsschichten auf Teilnahme an den Früchten des Fortschrittes und an der politischen Macht.

Die bestimmenden ideologischen Strömungen

Diesen drei Kausalfaktoren entsprechen drei bestimmende ideologische Strömungen. Sie haben ihren klaren Ausdruck gefunden in dem Schlachtruf des peronistischen Regimes in Argentinien: «Politische Souveränität, wirtschaftliche Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit.» Diese drei Forderungen kennzeichnen die heutigen inneren Strukturwandlungen in den nichtwestlichen Völkern und sie sind gleichzeitig bestimmend für ihre Außenpolitik.

Wir haben es hier also zu tun einerseits mit einer Kombination horizontaler «Revolution», oder doch Emanzipationsbewegung, welche zwischen verschiedenen Ländern mit ungleicher Macht und wirtschaftlicher Entwicklung spielt, und andererseits vertikaler Revolution oder doch

Protestbewegung von Schichten, die sich als wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch unterdrückt betrachten, gegen andere Schichten, die hierfür verantwortlich gemacht werden. Dieser zweite Protest ist jedoch nicht ausschließlich eine interne Bewegung, sondern erstreckt sich auch auf die internationalen Beziehungen und verbindet sich so mit der horizontalen Revolution, insofern als sie sich auch gegen gewichtige ausländische, in wirtschaftlich entwickelten Ländern ansässige Interessen richtet. Bei farbigen Völkern gesellt sich hierzu noch der Protest gegen die von den meisten Weißen geübte rassische Diskrimination.

Hieraus ergibt sich, daß nationalistische Tendenzen in dieser ganzen Situation vorherrschen und erklärt sich auch, warum die Forderung nach beschleunigter materieller Entwicklung in fast allen diesen Ländern zu Angriffen gegen ausländische Firmen, Kapitalinvestitionen und Geschäftsleute geführt hat. Es handelt sich eben in hohem Maße um einen Versuch der Änderung der *internationalen* Macht-, Besitz- und Einkommensverteilung. Und es ist ohne weiteres klar, daß diese Bewegung die westlichen Länder trifft und ihnen in der heutigen weltweiten Konkurrenz mit dem Kommunismus ganz besondere Probleme stellt. Denn — um es noch einmal zu betonen — der wirtschaftliche Fortschritt in den jetzt in Bewegung gekommenen Ländern in Lateinamerika, Asien und Afrika war bisher überwiegend ein Werk des Westens. In den formell unabhängigen Ländern bedeutet dies, daß europäische und nordamerikanische Unternehmungen in Bergbau und Plantagenwirtschaft, Verkehr und Versorgungsbetrieben, Export und Import, Bank- und Versicherungswesen vorherrschend waren. In den Kolonialgebieten hatte sich einerseits zumeist eine Art Symbiose zwischen den einheimischen Großgrundbesitzern, die zugleich die lokalen Herrscher waren und blieben, und andererseits der Regierungsgewalt und den wirtschaftlichen Interessen der Kolonialmacht herausgebildet. In beiden Fällen bedeutet das Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Demokratisierung, also nach Minderung der schroffen Unterschiede des Wohlstandes und der Macht, eine Gefährdung vieler bisheriger westlicher Positionen und hat somit ausgesprochen außenpolitischen Charakter. In beiden Fällen bieten sich deshalb Möglichkeiten für kommunistische Infiltration von Rußland und China her, als Verbündete im Kampf gegen den sogenannten westlichen Kapitalismus, der in den Augen jener Völker oft noch gleichbedeutend mit Imperialismus erscheint.

Die Internationalisierung des Nationalismus

Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, daß diese ganze, in ihrer Grundrichtung so häufig anti-westliche Bewegung aus westlichen Einflüssen und Anregungen entspringt. Die technischen und organisatorischen Neuerungen, die sanitären Verbesserungen — denen viele Mil-

lionen heutiger Asiaten, Lateinamerikaner und Afrikaner ihr Leben verdanken —, die Ideale — und zum Teil auch die praktische Erfahrung — der nationalen Freiheit, des wirtschaftlichen Fortschrittes und der sozialen Gleichheit — sie alle sind Importartikel von Westeuropa und Nordamerika und entspringen nicht etwa aus eigenen Traditionen und Impulsen jener Völker. Insbesondere der Nationalismus ist ja eine sehr wenig «nationale» Erscheinung. Die letzten dreißig Jahre haben uns geradezu eine Internationalisierung des Nationalismus beschert. Nicht nur der Nationalismus, sondern auch das Sozialgebilde Nation selbst ist ja etwas relativ Neues, auch bei uns nur etwa ein und einhalb Jahrhunderte alt, und entstanden aus dem Zusammenwirken dynastisch geformter, zentralistisch organisierter Machtstaaten mit den ideologischen und gesellschaftlichen Begleiterscheinungen der Demokratie und der industriellen Revolution.

Die beispiellose Ballung von Energien, die durch die nationalen Einigungen ausgelöst wurden, hatten sich größtenteils in den imperialistischen Expansionen westlicher Mächte, aber auch in gewaltsamen Rivalitäten zwischen ihnen ausgedrückt. Kein Wunder also, daß nicht-westliche Völker die eigene nationale Einigung und Mobilisierung — nicht nur im militärischen, sondern auch im wirtschaftlichen und organisatorischen Sinne — als notwendig empfanden, um ihre Selbständigkeit gegenüber dem Westen behaupten oder, wo sie schon verloren war, wiedergewinnen zu können. So ergab sich das Paradox, daß etwa Japaner und Chinesen sich um Verwestlichung bemühten — die ja nicht ohne den Verzicht auf wesentliche Bestandteile ihrer eigenen traditionellen Kultur geschehen konnte —, gerade um Japaner und Chinesen bleiben zu können.

Jetzt bildeten sich, oft zum ersten Male, einheitlich regierte Staatswesen heraus: in den unabhängig bleibenden Ländern durch Entmachtung der lokalen und regionalen Feudalherren und militärischen Machthaber zugunsten der Zentralregierung — wie in Japan schon im vorigen Jahrhundert, in China erst vor einigen Jahren unter dem Kommunismus —, in den Kolonialgebieten durch die Maßnahmen der «Mutterländer». Indien, Pakistan, Indonesien, die Philippinen, Ghana, Nigeria sind erst durch ihre europäischen Herrscher zu einigermaßen einheitlichen Staatswesen gemacht worden, in denen dann das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit und das Verlangen nach nationaler Unabhängigkeit überhaupt erst lebendig werden konnten.

Selbst heute ist diese Einigung nur fragmentarisch. Soziologisch können die meisten dieser Länder noch nicht als Nationen angesprochen werden. Die Unterschiede der geographischen, ethnischen und kulturellen Elemente, die immer noch krassen Schichtungs- und Besitzunterschiede verursachen ernste Spannungen und selbst gewaltsame Auseinandersetzungen. Und die Regierenden versuchen immer wieder, die ungenügende Stärke des Nationalgefühls zu ersetzen durch die Aufpeit-

schung rassischer und nationalistischer Ressentiments gegen die Außenwelt, gegen einen vermeintlichen oder wirklichen gemeinsamen Gegner, insbesondere natürlich gegen die frühere Kolonialmacht (in den arabischen Ländern auch gegen Israel). Nur so können beispielsweise die kürzlichen Ereignisse in Indonesien erklärt werden. (Die verhältnismäßig guten Beziehungen zwischen Indien und Pakistan einerseits und Großbritannien andererseits sind, wenigstens zum Teil, darauf zurückzuführen, daß jede der beiden früheren Kolonien einen für die Rolle des negativen nationalen Integrationssymbols geeigneteren Gegner im Nachbarn gefunden hat.) Mit ähnlichen Tendenzen muß auch in anderen Gebieten gerechnet werden, die ihre nationale Selbständigkeit erlangt haben oder sie demnächst erlangen werden, insbesondere in Nord- und Westafrika, wo große Unterschiede der geistigen Einstellung und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung zwischen der größtenteils städtischen und relativ «dynamisierten» Bevölkerung der Küsten und der noch in Stammesordnungen lebenden, vergleichsweise statischen Bevölkerung des Hinterlandes bestehen. Wir müssen uns also auch hier auf Ausbrüche nationalistischer Affekte gefaßt machen.

Es besteht also in zahlreichen Fällen eine Kluft zwischen der völkerrechtlichen Fassade der souveränen Gleichheit aller «Nationen» und der so ganz anders beschaffenen Wirklichkeit. Dies macht die öffentliche Meinung solcher Länder ganz besonders sensitiv gegenüber jeder Handlung, ja auch nur Tendenz, die als eine Wiedereinschränkung oder Verletzung ihrer ohnedies so prekären Unabhängigkeit gedeutet werden könnte. Dies gilt besonders für Interventionen und großzügige Hilfsaktionen von Westmächten — die ja als symbolisch für den kaum überwundenen Imperialismus überhaupt gelten —, sogar dann, wenn ihre Truppen bzw. Sachverständigen als Verbündete und Helfer erscheinen. Und was in einem «unterentwickelten» Lande geschieht, wird in vielen anderen solcher Länder aus einer analogen Grundsituation heraus als eigene Bedrohung empfunden. Wie so oft schlägt dann ein Minderwertigkeitskomplex leicht in exzessive Präntention der Selbständigkeit und Stärke um.

Die nationale Emanzipation bringt nicht unbedingt eine Verbesserung der Lebensverhältnisse mit sich. Die meisten Probleme bestehen weiter, ja werden zuweilen noch schwieriger. In fast allen dieser «neuen» Staaten mangelt es an einheimischen Fachleuten, an einem politisch unabhängigen Berufsbeamtentum, an Erfahrung mit parlamentarischen und administrativen Methoden demokratischer Selbstverwaltung — nicht ohne Schuld der früheren Kolonialmächte, die meist kein oder nur geringes Interesse für die Ausbildung einheimischen Nachwuchses und damit die Beschränkung ihrer eigenen Machtvollkommenheit bekundeten. So kommt es, daß das technische und ethische Niveau der öffentlichen Verwaltung heute oft erheblich niedriger ist, als es unter den Kolonial-

regimen war. In den meisten Fällen war die nationale Emanzipation ja nicht langfristig vorbereitet worden, sondern kam überstürzt, als Folge des moralischen, militärischen und finanziellen Zusammenbruches der europäischen Kolonialmächte im zweiten Weltkrieg und ihrer Weigerung, ihre überseeischen Besitzungen zunächst der Treuhandverwaltung der Vereinigten Nationen zu unterstellen, um so eine Übergangsperiode zu sichern, in welcher die Grundlagen für eine geordnete Selbstregierung — und damit auch für eine stabilere Außenpolitik — hätten gelegt werden können.

Machtkonzentration bei den Regierenden

Auch die Forderung nach *wirtschaftlicher* Unabhängigkeit ist überwiegend *politisch* motiviert und ein Ausfluß der gleichen nationalistischen Grundströmung. Sie ist in denjenigen Ländern, die stets ihre völkerrechtliche Selbständigkeit bewahrt oder sie schon vor langer Zeit errungen haben, ebenso stark wie in den erst kürzlich emanzipierten. Sie wirkt sich, generell gesprochen, in einem Protest gegen die im 19. Jahrhundert vollzogene Eingliederung dieser Länder in eine arbeitsteilige Weltwirtschaft aus. Man erstrebt eine «Diversifikation» des volkswirtschaftlichen Produktionsprogrammes, man will die Abhängigkeit von ausländischen Absatzmärkten und Versorgern vermindern, man fördert deshalb verarbeitende Industrien, sogar Schwerindustrien — deren wirtschaftlich-rationelle Grundlagen oft sehr zweifelhaft sind — und man möchte die bisherige prominente Stellung ausländischer Unternehmungen im eigenen Lande einschränken. Die Träger dieser Bestrebungen sind die neuen Schichten: Mittelstand, Industriearbeiterschaft, Offiziere.

Unter dem Gesichtspunkt solider Wirtschaftsentwicklung ist dieser Kurs besorgniserregend. Denn die neuen, zumeist mit inflationären Mitteln errichteten Industrien verteuern durch ihre hohen Gestehungskosten die Lebenshaltung der Massen, erschweren die Ausfuhr und stimulieren gleichzeitig die Einfuhr und beanspruchen Kapitalien und Arbeitskräfte, die in anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere der Landwirtschaft, größeren Nutzen stiften könnten. Und durch — oft elementaren rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechende — Maßnahmen gegen ausländische Interessen versagt man sich die Mitarbeit von Köpfen und Kapitalien, welche diese Länder so dringend brauchen.

Da unternehmerische Initiative und Erfahrungen in diesen Ländern selbst vorläufig dünn gesät sind, fallen nun dem *Staat* immer mehr und immer kompliziertere Aufgaben zu. In der gleichen Richtung wirkt die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Die meisten Länder, um die es sich hier handelt, sind ja nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich unterentwickelt. Jahrhundertlang haben absolutistische oder

feudale Machtsysteme das Verantwortungsgefühl, die Initiative und die Fähigkeit zu genossenschaftlicher Arbeit in Kleingruppen im Volke abgetötet. Infolgedessen erwarten die nunmehr aus langer Lethargie erwachenden Massen die Erfüllung ihrer grundsätzlich nur zu berechtigten Ansprüche von «oben» her, also von der Regierung. Diese soll jetzt Bodenreformen, Agrarkredit, Volksbildung und Sozialversicherungssysteme gleichsam aus dem Boden stampfen, obwohl vorerst viele der unentbehrlichen Voraussetzungen — etwa Personal, wissenschaftliche Unterlagen, wirksame Kontrolle der Verwaltungsorgane und, nicht zuletzt, eine tragende und stimulierende öffentliche Meinung — nicht gegeben sind.

Auf diese Weise gesellt sich zu der schweren Bürde der natur- und geschichtsbedingten Probleme dieser Völker eine weitere Belastung: diejenige eines schwerfälligen, dilettierenden, improvisierenden Staatsdirigismus, welcher zahllosen politischen Winden, personellen Konstellationen und korrumpierenden Einflüssen ausgesetzt ist und unter der Flagge der Planwirtschaft segelt, aber die Lösung der Probleme eher erschwert als fördert.

Was folgt hieraus? Eine stetig wachsende Tendenz der Massen, die Verwirklichung der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gerechtigkeit nicht als eine Aufgabe individueller und genossenschaftlicher Anstrengungen, sondern als eine Pflicht des Staates zu betrachten — sei es der eigene Staat oder seien es andere, wohlhabendere Staaten; eine stetig wachsende Konzentration von Macht in den Händen weniger; die Versuchung für ehrgeizige Politiker, durch demagogische Versprechungen an die Macht zu kommen oder sich in ihr zu halten; eine wachsende Kluft zwischen den so geförderten Erwartungen und den wirklichen Leistungen der Regierungen; und schließlich die Gewohnheit eben solcher Regierungen, die sich hieraus ergebende Unzufriedenheit und Ungeduld ihrer Landsleute auf ausländische Objekte abzulenken, indem sie die — vergangene oder angeblich noch bestehende — «Ausbeutung» durch die Ausländer und die unzulängliche Bereitschaft der «reichen», «kapitalistischen» Staaten zu großzügiger Hilfeleistung für alle Nöte verantwortlich machen.

Diese außenpolitische Einstellung wirkt nun aber auch ihrerseits zurück auf die weitere Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der betreffenden Völker. Die durch die modernen Mittel der Kommunikation und Propaganda verbreiteten Affekte des Ressentiments, des Bedrohtseins durch eine feindselige «westliche» Front und des Willens zur Erhöhung der weltpolitischen Geltung der eigenen Nation verstärken die Neigungen zu überhitzter Industrialisierung (z. B. in Argentinien, wo man unter Perón Autos und Flugzeuge fabrizierte, oder in Brasilien, wo man kürzlich die erste Rakete abgeschossen hat), zu immer höheren Ausgaben für Rüstungen und für Repräsentation auf Kosten anderer

Bedürfnisse, zu Maßnahmen gegen ausländische Unternehmungen — und all dies beschleunigt die Entwicklung zu einer einseitig von oben her gelenkten, autoritären Gesellschaftsstruktur mit sehr schroffen inneren Kontrasten. Diese Situation ist vereinbar mit ausgeprägter Labilität von Regierungen und politischen Konzepten, ja sie fördert häufig eine solche Unstabilität.

Diese Hinweise können vielleicht etwas zum Verständnis der Labilität, der Widersprüchlichkeit und des Irrationalismus der Außenpolitik mancher dieser Länder beitragen.

Innere Machtstruktur und außenpolitische Haltung

Welche Außenpolitik ein Land treibt — und wer sie treibt — hängt von seiner gesellschaftlichen Schichtung, insbesondere seiner Machtstruktur ab. Wenn wir hier, wie es notwendig ist, von individuellen Eigenheiten absehen, können wir drei Typen von Machtstrukturen in den unterentwickelten Ländern außerhalb des Sowjetblocks unterscheiden:

Erstens die feudalistisch-absolutistische in Ländern, in denen die modernen Einflüsse bisher auf gewisse Oberflächenerscheinungen und wenige Sektoren beschränkt geblieben sind, wie etwa Abessinien, Marokko, Saudi-Arabien und Jemen (die letzten zwei Mitgliedstaaten der Vereinigten Nationen, in denen es noch legale Sklaverei gibt).

Zweitens die (zahlenmäßig größte) Gruppe der «Fassadendemokratien» (gleichgültig ob im republikanischen oder monarchischen Stil), die also die verfassungsrechtlichen Spielregeln der Demokratie angenommen haben, ohne daß diesen bis auf weiteres ein geistig-gesellschaftlicher Unterbau entspräche. Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist auf kleine (wenn schon wachsende) Kreise von Privilegierten beschränkt. Die Macht wird entweder von einem «starken Mann» oder häufig wechselnden Cliquen ausgeübt. Diese sind in der Regel nicht von bestimmten politischen Ideologien, sondern von konkreten, meist persönlich bestimmten Zielen motiviert. Zu dieser Gruppe gehören die Mehrheit der Länder Lateinamerikas, des Mittleren und Fernen Ostens diesseits des Eisernen Vorhanges sowie die asiatischen und afrikanischen Mitglieder des britischen Commonwealth.

Drittens der «modern-autoritäre» Typ: Regime, die Versuche der Nachahmung der plebiszitären Diktaturen mit Totalitätsanspruch in Rußland, Deutschland, Italien, Spanien und China darstellen. Sie sind durch nationalistische und sozialreformatorsche Opposition gegen traditionelle Regime, Repräsentanten der alten Besitzverhältnisse, entstanden. Ihre Träger sind jüngere Offiziere und Intellektuelle, gestützt auf bundartige Propagandaorganisationen der Jugend, der Industrie- und

Landarbeiterschaft. Die Türkei unter Kemal, Argentinien unter Perón, Brasilien unter Vargas, Ägypten unter Nasser (und jetzt wohl auch Syrien) sind Beispiele für diesen Typ.

Diese Unterscheidungen sind für ein Verständnis der Außenpolitik jener Länder unerlässlich. Die feudalistisch-absolutistischen Regime sind am offensichtlichsten durch kommunistische Unterminierung bedroht. Aber auch die westlichen modernisierenden Einflüsse gefährden ihr Weiterbestehen. Ihre Außenpolitik ist daher entweder auf möglichst Isolierung oder auf beschränkte, unmittelbare materielle Vorteile versprechende Beziehungen mit dem Westen gerichtet. Die «Fassaden-demokratien» besitzen weder echte ideologische noch soziale Voraussetzungen für eine vorbehaltlose Zusammenarbeit mit dem Westen. Die Einstellungen, Vorurteile oder Interessen einzelner Persönlichkeiten oder Gruppen bestimmen hier, in wechselnden Konstellationen, den außenpolitischen Kurs. Diese Länder sind dem Argument technischer und finanzieller Hilfe seitens der USA zugänglich, scheuen sich aber gegebenenfalls nicht, profitable russische Angebote als willkommene Druckmittel zur Erlangung stets größerer amerikanischer Konzessionen auszunutzen. (Ein aktuelles Beispiel ist das Interesse südamerikanischer Länder für russische Lieferungen von Maschinen für Erdölförderung.) Natürlich wird die konkrete Haltung der einzelnen Länder auch davon abhängen, welche gesellschaftspolitischen Einstellungen hinter der demokratischen Fassade ihrer Regierungssysteme wirksam sind: ob überwiegend konservative (wie etwa in Peru, Iran, Pakistan und bis vor kurzem Irak), ob gemäßigt reformistische (wie in Mexiko, der Türkei und den Philippinen) oder entschieden reformistische, mit sozialistischer Färbung (wie in Indien, Burma und Bolivien).

Bei den «modern-autoritären» Regimen und Strömungen (auch in Ländern, wo diese gegenwärtig nicht an der Macht sind) schließlich finden wir das offenste Ressentiment gegenüber dem Westen und die stärkste Neigung zur Zusammenarbeit mit dem Sowjetblock. Dies nicht nur aus den eben angedeuteten opportunistischen Erwägungen heraus, sondern auch deshalb, weil die zentralistischen, diktatorischen Methoden, mit denen die technische und organisatorische Modernisierung Rußlands und Chinas durchgeführt wird, von den technokratisch und disziplinär gesinnten Elementen jener Länder als ein Vorbild betrachtet wird. Sie finden, daß ihre eigenen Länder viel mehr mit Rußland und China gemeinsam haben als mit dem überwiegend materiell hoch entwickelten Westen, und daß sie infolgedessen auch mehr von ihnen lernen können. Das Problem des Kommunismus als Ideologie und Wirtschaftssystem wird dabei nicht als unmittelbare Bedrohung empfunden. Man vertraut darauf, daß die Unterschiede der kulturellen Traditionen und die Wirksamkeit des eigenen autoritären Machtsystems den internen kommunistischen Einflüssen enge Schranken auferlegen.

Unsere Aufgabe und unsere Möglichkeiten

Es ist klar, daß die Zusammenhänge zwischen den Wandlungen der Sozialstruktur und den außenpolitischen Haltungen der materiell unterentwickelten Völker, die ich notgedrungen sehr knapp zu skizzieren versucht habe, uns vor eine Aufgabe stellen, deren Dringlichkeit und Schwierigkeit kaum überschätzt werden können. Hat sich doch die Hauptfront der Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem bolschewistischen Block bereits nach diesen Ländern verlagert. Diese Front ist geographisch universal, denn sie beschränkt sich nicht etwa auf die der Sowjetunion und China benachbarten Länder Asiens, sondern dehnt sich immer deutlicher auch auf Afrika und Lateinamerika aus.

Die Auseinandersetzung spielt sich in erster Linie im wirtschaftlichen, und das heißt letzten Endes: im geistigen Bereich ab. Ganz entgegen der Voraussage eines Karl Marx hat der Sozialismus nicht in den technisch und wirtschaftlich höchst entwickelten Gebieten — also etwa Deutschland, Großbritannien und den USA — festen Fuß gefaßt, sondern vielmehr in typisch «zurückgebliebenen» Gebieten: Rußland, Jugoslawien und China. Nach dem Fehlschlag der sozialrevolutionären Erwartungen im Westen wurde die Aufmerksamkeit der Sowjetführer bereits in den 1920er Jahren auf die gewaltigen Möglichkeiten kommunistischer Agitation in den kolonialen und halbkolonialen Regionen gelenkt, auf die Möglichkeit, daß Rußland, anstatt das schwächste Glied einer westlich orientierten sozialistischen Zukunftsgesellschaft zu werden, zum Führer der Revolte der gewaltigen Mehrheit der «schlechtweggekommenen» Menschheit *gegen* den Westen werde.

Die bisherigen Ergebnisse dieser Politik sind nur zu offenkundig; wir brauchen nur die Namen China, Indochina und Korea zu nennen. In der Erklärung der Führer des internationalen Kommunismus, die sich im November 1957 anläßlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau trafen, wurde betont, daß «mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung, nämlich 950 Millionen Menschen, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erlebt hat». Von diesen leben zwei Drittel in Asien außerhalb der Sowjetunion. China ist nicht mehr ausschließlich Empfänger, sondern bereits auch Spender von Hilfe an wirtschaftlich noch weniger entwickelte Länder, wie sein im Februar 1958 abgeschlossenes Abkommen mit Jemen bezeugt — mit einem Lande also, das bis vor kurzem eindeutig im westlichen Einflußbereich lag. In der ersten Hälfte des Jahres 1957 arbeiteten rund zweitausend technische Berater aus dem Sowjetblock in neunzehn materiell zurückgebliebenen Ländern.

Die weitere Entwicklung dieser Auseinandersetzung wird davon abhängen, ob wir diese Völker ernst genug nehmen, ob wir bereit sind, uns endlich mit ihren spezifischen Lebensbedingungen, Denkweisen und Erfordernissen vertraut zu machen und ob wir den soziologischen An-

alphabetismus überwinden können, der nicht nur in den öffentlichen Meinungen, sondern auch in den Regierungen westlicher Großmächte grassiert und sie bisher daran gehindert hat, diese sehr komplexen gesellschaftlichen Strukturveränderungen und die mit ihnen zusammenhängenden ideologischen Kräfte zu verstehen und ihnen praktisch Rechnung zu tragen.

Wie katastrophal sich dieser Mangel einer grundlegenden Orientierung — ja sogar des ernststen Willens, sich um eine solche zu bemühen — ausgewirkt hat, das zeigt die Reihe schmerzhafter Schläge, welche «die westliche Welt» gerade auch in den letzten Monaten empfangen hat: in Ägypten, Syrien, Irak und, nicht zuletzt, in Lateinamerika, also in dem unmittelbaren Nachbar- und Interessengebiet der Vereinigten Staaten, mit dem diese seit über einem halben Jahrhundert besonders enge wirtschaftliche, politische und institutionelle Beziehungen zu pflegen versucht haben (seit einem vollen Vierteljahrhundert unter steter Betonung gutnachbarschaftlicher Intentionen). Es ist zu befürchten, daß diese Reihe noch nicht zu Ende ist.

Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge würde die Einsicht fördern, daß wir unsere Stellung in der dynamisierten Welt von heute und morgen nicht durch Zusammenarbeit mit den Nutznießern hoffnungslos überholter statischer Gesellschaftsordnungen stärken können — und auch nicht dadurch, daß wir gesellschaftlich und politisch höchst labile Länder zu strategischen Brennpunkten der weltpolitischen Machtkonkurrenz machen und sie mit modernen Waffen beliefern, von denen wir nicht wissen können, ob und auf welcher Seite sie im Ernstfall benutzt werden würden und die inzwischen zur Unterdrückung freiheitlicher Regungen innerhalb der betreffenden Länder mißbraucht werden können. Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge kann uns helfen, neue Wege zu einer positiven Politik echter Stärke zu finden: durch systematische, geduldige Nahrung gegenseitigen Vertrauens zwischen den noch nicht in die Sowjetsphäre einverleibten entwicklungsbedürftigen Völkern und uns und durch Nutzbarmachung unserer fast unbegrenzten Möglichkeiten zur Mitarbeit an der unvermeidlich langfristigen und graduellen Stärkung ihrer Produktionsfähigkeit, ihrer gesellschaftlichen Integrationskräfte und somit ihrer Fähigkeit zu politischer Stabilität in Freiheit².

² Eingehendere Hinweise in dieser Richtung finden sich u. a. in den folgenden Veröffentlichungen des Verfassers: Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Gebiete, in «Ordo» (Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft), Band VIII, Düsseldorf-München 1956; Das Problem der «unentwickelten» Länder, Essen 1956; und Die wirtschaftlich unentwickelten Länder und wir, in «Offene Welt» (Frankfurt a. M.), Nr. 47, 1957.